



---

Arbeitsübersetzung unter Zuhilfenahme maschineller Übersetzungstools aus dem Englischen: „Social inequalities and poverty. Combatting increased vulnerability“, 12. April 2024. Kein offizielles G7- bzw. S7-Dokument.

## Soziale Ungleichheit und Armut. Bekämpfung von erhöhter Vulnerabilität

Das erste der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele „für eine bessere und nachhaltigere Zukunft für alle“ ist die Beseitigung der extremen Armut, d. h. eines Lebensunterhalts von weniger als 2,15 US-Dollar pro Person und Tag (Kaufkraftparität 2017) bis zum Jahr 2030. Seit den 1980er Jahren sind die Zahl und der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, zurückgegangen. Nach Schätzungen der Weltbank lag die Armutsrate 1990 bei 37,9 Prozent, 2019 ist sie auf 8,4 Prozent gesunken. Rund 60 Prozent der Menschen in extremer Armut leben in Afrika südlich der Sahara.

Dieser Trend kehrte sich 2020 schlagartig um, als die extreme Armut in vielen Regionen aufgrund der Folgen der COVID-19-Pandemie zugenommen hat. Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, stieg um mehr als 70 Millionen (und überschritt damit die Grenze von 700 Millionen Menschen in Armut), und die weltweite Armutsquote stieg auf 9,3 Prozent<sup>1</sup>. Viele Menschen, die aus der Armut befreit wurden, laufen Gefahr, wieder in die Armut zurückzufallen. Einigen Studien zufolge könnte der Pandemieschock langfristig (bis 2030) dazu führen, dass mehr als 100 Millionen Menschen von extremer Armut bedroht sind<sup>2</sup>. Dieser Trend würde die sozialen Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern verschärfen, insbesondere dort, wo extreme Armut mit wachsendem Wohlstand der Vermögenden einhergeht.

In den letzten Jahren hat sich ein zunehmender Konsens über die Grenzen der Messung von Einkommensarmut als eigenständigem Indikator herausgebildet. Armut ist ein multidimensionales Phänomen, da arme Menschen gleichzeitig unter mehreren Benachteiligungen leiden können, z. B. schlechter Gesundheit oder Unterernährung, Mangel an sauberem Wasser oder Strom, schlechte Arbeitsbedingungen, geringer Bildungsstand oder andere Benachteiligungen. Die Weltbank schätzt, dass im Jahr 2019 die mehrdimensionale Armut mit einer weltweiten Inzidenz von 14,5 Prozent größer war als die monetäre Armut, und bei 52 Prozent in Subsahara-Afrika lag, ohne dass ein klarer Umkehrtrend erkennbar war<sup>3</sup>. Untersuchungen zeigen, dass viele Frauen und Menschen mit Behinderungen eher von mehrdimensionaler Armut betroffen sind als Menschen ohne Behinderung.

Auch die Nahrungsmittelknappheit ist ein ernstes Problem, da die Zahl der Menschen, die von schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen sind, von 720 Millionen auf 900 Millionen im Jahr 2022 angestiegen ist, was 11,3 % der Weltbevölkerung entspricht<sup>4</sup>.

Es besteht ein klarer Bedarf für einen Strategiewechsel in der Armutsbekämpfung, den wir den Regierungen der G7-Staaten dringend empfehlen. Angesichts der Pandemie und ihrer schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen sowie der Armuts- und Hungerfolgen neuer internationaler Konflikte und der Auswirkungen von Spannungen auf die internationalen Märkte ist neben der Förderung des Wirtschaftswachstums eine gezieltere Politik der Armutsbekämpfung erforderlich. Diese Politik sollte darauf abzielen, den sozialen Schutz zu verbessern und einen dramatischen Anstieg der extremen Armut als Reaktion auf Gesundheits-, Nahrungsmittel- und Klimakrisen, unerwartete Wirtschaftsabschwünge und Konflikte zu verhindern (zu Gesundheitsfragen siehe auch die Gesundheitsstellungnahme). Diese Strategien erfordern, dass die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger auch andere Dimensionen der Armut berücksichtigen, die nicht unbedingt mit dem Einkommen zusammenhängen, wie angemessene Bildung und Zugang zu lebenswichtiger Infrastruktur und Dienstleistungen (Wasser, Nahrung, Gesundheit, Strom, Energie, Mobilität, Barrierefreiheit). Der Mangel an diesen wichtigen Gütern und Dienstleistungen hat, unabhängig vom Einkommen, die Ungleichheiten zwischen Ländern mit hohem und niedrigem Einkommen sowie innerhalb dieser Länder verschärft, mit erheblichen Folgen für den sozialen Zusammenhalt und die Stabilität insgesamt.

Eine weitere Priorität des Strategiewechsels ist die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der menschlichen Fähigkeiten und der Widerstandsfähigkeit. Ein Großteil der Entwicklungshilfe und -politik für Länder mit niedrigem Einkommen basierte auf finanziellen Maßnahmen (Schuldenerlass oder -streichung, Zuschüsse und Darlehen). Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass diese Maßnahmen nicht so erfolgreich waren wie erwartet, wenn sie nicht mit den unten empfohlenen Maßnahmen kombiniert wurden, und dass sie auch Bedenken hinsichtlich der Rechenschaftspflicht hervorgerufen haben.

Daher ist es wichtig, in einen offenen und kritischen Dialog einzutreten – einen Dialog, der von Respekt und Gegenseitigkeit geprägt ist – um politische Maßnahmen zu identifizieren, die darauf abzielen, die Fähigkeiten und die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu verbessern. Diese Maßnahmen können spezifische und vordefinierte Ziele haben, die mit der lokalen Bevölkerung vereinbart und umgesetzt werden. Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und eine Politik, die den spezifischen institutionellen Kontexten und der institutionellen Infrastruktur mehr Aufmerksamkeit schenkt, die eine Voraussetzung für ihren Erfolg sind.

Um die Armut in den Ländern und für die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen zu verringern, werden folgende Empfehlungen ausgesprochen.

1. Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau sollten fortgesetzt und verstärkt werden, um die Widerstandsfähigkeit von Menschen und Bevölkerungsgruppen zu erhöhen, die in extremer Armut leben oder besonders anfällig für künftige negative Schocks sind. Es ist wichtig, den Zugang zu soliden, barrierefreien und nachhaltigen Infrastrukturen und Dienstleistungen für das Wohlergehen (z.B. Wasser, Nahrung, Gesundheit, Energie, Mobilität und Barrierefreiheit) zu gewährleisten. Diesbezügliche Maßnahmen müssen einen koordinierten Zugang zu Infrastruktur und Dienstleistungen für alle gewährleisten.
2. Es ist wichtig, durch agrar- und ernährungspolitische Maßnahmen Programme zur Unterstützung von Menschen in Armut sicherzustellen, die die Bedingungen für eine angemessene Ernährung für alle, insbesondere aber für Kinder, gewährleisten (siehe auch die Stellungnahme zu Landwirtschaft).
3. Bildung spielt eine entscheidende Rolle. Der universelle Zugang zur Grundbildung muss sichergestellt werden. Die Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen in den G7-Staaten und lokalen Einrichtungen könnte gefördert werden, insbesondere in Ländern mit hohen Raten extremer Armut und unzureichendem Zugang zu Bildung auf allen Ebenen.
4. Die Rolle der Frauen und anderer häufig benachteiligter Gruppen ist ebenfalls entscheidend für die Bekämpfung extremer Armut. Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen müssen energisch bekämpft werden, indem physische, rechtliche und kulturelle Hindernisse für die Teilhabe von Frauen, Menschen mit Behinderungen und anderen Gruppen beseitigt werden. Politische Maßnahmen müssen so konzipiert und umgesetzt werden, dass sie geschlechtsspezifische Aspekte und die Stärkung der Rolle der Frau berücksichtigen und einbeziehen. Dazu gehört auch die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, von der Frauen in Armut betroffen sind und die sie noch anfälliger für Armut macht.
5. Politische Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels sollten Länder und Gruppen mit niedrigem Einkommen nicht stärker belasten als Länder und Gruppen mit hohem Einkommen. Die Energiewende sollte sicherstellen, dass arme Menschen, die häufig einen größeren Teil ihres Einkommens und ihrer Zeit für Energiekosten aufwenden, nicht benachteiligt werden. Die Klimapolitik sollte zudem die relative Reaktionsfähigkeit der verschiedenen Länder und aufgetretene Verluste der Länder berücksichtigen, die sich nicht so leicht von den Auswirkungen des Klimawandels erholen können.
6. Die Länder Afrikas südlich der Sahara scheinen in Bezug auf viele Risikofaktoren und Dimensionen der Ungleichheit insgesamt die am stärksten gefährdete Region der Welt zu sein: Umwelt, Ernährung, Gesundheit und Bildung. Politische Maßnahmen zur Unterstützung der Länder Afrikas südlich der Sahara sind eine Priorität, ohne andere Regionen der Welt zu vernachlässigen, in denen vergleichbare Ungleichheiten herrschen.

7. Wir schließen mit der Empfehlung, die Maßnahmen der G7-Staaten zur Bekämpfung der wachsenden Armut und Vulnerabilität auch innerhalb der G7 dringend zu verstärken. Dies könnte durch die Nutzung und den Ausbau der institutionellen Infrastruktur geschehen, die die Vereinten Nationen mit der *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung* bereits bieten, deren Hauptziel die Beseitigung der extremen Armut ist, wie auch in der Abschlusserklärung der *Jahreskonferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung* im September 2023 bekräftigt wurde.

#### Referenzen

1. World Bank (2022), *Poverty and Shared Prosperity 2022: Correcting Course*, Washington D.C.: World Bank Group.
2. Mendez-Ramos F. and Lara J. (2022), *Covid-19 and poverty vulnerability*, Brookings Institution.
3. Diaz-Bonilla, Carolina; Aron, Danielle Victoria; Haddad, Cameron Nadim; Sabatino Gonzalez, Carlos Gerardo; Nguyen, Minh Cong; Wu, Haoyu (2023), *Update to the Multidimensional Poverty Measure - What's New*. Global Poverty Monitoring Technical Note, no. 34. Washington, D.C.: World Bank Group.
4. FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO. 2023. *The State of Food Security and Nutrition in the World 2023. Urbanization, agrifood systems transformation and healthy diets across the rural–urban continuum*. Rome, FAO.